



„Als ob man mit so tun als ob irgend etwas verändern könnte“



© DPoIG BW

Inhalt

- 2 Landestarifkonferenz tagt im Polizeipräsidium Karlsruhe: Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren
- 4 Daran arbeiten wir
- 6 Führungswechsel im Kreisverband Schwarzwald-Baar: Nach 15 Jahren an der Spitze gibt Michael Müller den Vorsitz in jüngere Hände.
- 7 Bezirkstagung Pforzheim – Pforzheimer Oberbürgermeister Boch dankt Polizei
- 8 Jahreshauptversammlung an der Hochschule für Polizei in Biberach: Bernhard Kibler übergibt Kreisverband nach 15 Jahren

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*

wir bekommen sie fast täglich in unser E-Mail-Postfach geliefert: die ministeriellen Erfolgsmeldungen über das, was die Polizei wieder „geschafft“ hat. Die Meldungen, in denen man das Gefühl vermittelt bekommt, dass das, was da erfolgreich im vergangenen Jahr, in den letzten Stunden, Tagen oder Monaten bewältigt wurde, zumindest das größte Stück davon, vom Innenminister oder anderen Protagonisten selbst erledigt wurde.

Da sind es die Kollegen des SEK, korrekt des Spezialeinsatzkommandos, die eine Geiselnahme erfolgreich bewältigen und dabei gerne mal nur als Spezialkräfte des Polizeipräsidioms Einsatz bezeichnet werden als mit ihrem eigenen Namen.

Dann wird über die „Jahresleistung“ der Polizeihubschrauberstaffel oder der Wasserschutzpolizei berichtet. In der Regel aber wird die polizeiliche Kriminalstatistik in ihren Deliktsfeldern zerlegt und gestückelt

aufgeteilt über das Jahr, sodass man immer über etwas berichten kann. Berichte über Leistungen und Entwicklungen, an der die Politik und die politische Führung kaum einen Anteil hat. Berichte über das, was man positiv auf den teilweise schlechten Entwicklungstrends eben noch erfolgreich vermelden kann.

Mancher mag diese Meldungen schon gar nicht mehr lesen. Mancher mag sie überfliegen und nur die Fakten lesen, die eines tatsächlich belegen – die erfolgreiche Arbeit der Polizeibeschäftigten. Aus Pressekreisen hören wir schon lange ein Stöhnen über die längst durchschauten Agitationen.

Zunehmend erkennen wir in der Berichterstattung, die auf öffentliche Wahrnehmung und positivsten Darstellungen einzelner Personen ausgerichtet ist, dass ein Bild gezeichnet wird, welches mit der Realität nichts zu tun hat. Wir erleben eine Ankündigungspolitik, die schon lange abseits der Umsetzung ist oder aber zumindest weit weg davon.

Immer mehr erleben wir, wie den Lesern, Zuhörern und Zuschauern eine Polizei aufgezeigt wird, wie diese nicht real vorhanden ist. Dabei geht es nicht darum, dass man insbesondere potenziellen Tätern nicht unsere Schwachstellen aufzeigen muss und darf. Es geht darum, dass man der eigenen Lobhudelei willen der Menschen eine heile Welt vorgaukelt, die es so nicht gibt. Der damit verbundene politische und vielleicht auch polizeiliche Schaden ist enorm.

Längst weiß doch die Bevölkerung, dass diese rosarote Welt nicht besteht. Man weiß um die Nöte in der Personal- und Sachausstattung. Man weiß um die schlechte Bausituation. Man weiß um die schlechte Bezahlung der Tarifbeschäftigten. Man weiß ...

Man weiß, dass man mit „so tun als ob“ nichts verändert und nichts erreicht. Und man weiß, dass es die Polizeibeschäftigten sind, die „nett schwätze, sondern mache“.

Ihr/Euer Ralf Kusterer

Landestarifkonferenz tagt im Polizeipräsidium Karlsruhe

Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren.



© DPoIG BW (3)

> Polizeipräsidentin Caren Denner begrüßte die Gäste mit wertschätzenden Worten und wünschte der Veranstaltung einen guten Verlauf mit vielen guten Ideen für den Tarifbereich. Dabei zeigte sie nicht nur Verständnis für die finanzielle Situation, sondern sie sagte auch zu, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen.

Am 14. Februar 2023 fand in den Räumen des Karlsruher Polizeipräsidioms die Frühjahrskonferenz der DPoIG-Landestarifvertretung statt. Der Bezirkstarifbeauftragte Karlsruhe und zugleich stellvertretende Landestarifbeauftragte, Antonio Pellegrini, hatte die Veranstaltung vorbereitet und sich alle Mühe

gegeben, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ganzen Land in der Fächerstadt eine gute Arbeitsatmosphäre vorfanden.

Eine gute Arbeitsumgebung war auch erforderlich, standen doch eher strittige und kämpferische Themen auf der Tagesordnung. Seit Wochen stehen

die Tarifverhandlungen im Mittelpunkt der Arbeit. Aktuell für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen mit zahlreichen Streikmaßnahmen. Primär standen aber die Verhandlungen im Herbst auf der Tagesordnung, bei der es um die Beschäftigten im Land und somit um die Polizeibesetzten geht.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Teilnehmer(innen) mit einem Impuls zur finanziellen Situation und zu den Rentenerwartungen der Tarifbeschäftigten in der Polizei. Dabei richtete er die dringende Bitte an die Polizeiführung im Land, sich gerade bei der Stufenlaufzeitverkür-



> „Aufruf an Tarifbeschäftigte zum Sammeln von Kassenbelegen“ – das demonstrierte die Landestarifkonferenz mit den ersten gefüllten blauen Säcken.



zung nicht an prozentualen Vorgaben zu orientieren, die es gar nicht gibt. Die einzige Möglichkeit für die spätere Rente der Beschäftigten etwas zu tun, seien neben den Lohn-erhöhungen die Erhöhungen über eine Stufenlaufzeitverkürzung. Jede 50 Euro würden sich auszahlen.



> Thorsten Söffner

Nachdem der Hauptsitz des Polizeipräsidiums gegenüber dem der BGV-Versicherungen lag, bei der auch die Polizeibeschäftigten in der Kantine das Mittagessen einnehmen können, lag es auf der Hand, dies auch für die Tagungsteilnehmer vorzusehen. Gerne nahm der BGV-Direktionsbevollmächtigte ÖD, Thorsten Söffner, die Gelegenheit wahr, um nicht nur ein kurzes Grußwort zu halten, sondern gleich auch zum Essen einzuladen. Dabei konnten die Tarifvertreter(innen) zu ihrem Erstaunen erfah-

ren, dass die BGV-Versicherungen den Kommunen und nicht etwa irgendwelchen Finanzinvestoren gehören.

Nach dem Mittagessen erfolgte eine „Baustellenführung“ mit einem Einblick in das im Bau befindliche neue FLZ, in dem nach der Fertigstellung auch Arbeitsplätze für Tarifbeschäftigte vorgesehen sind.

Die Karlsruher DPoIG-Doppelspitze Danijela Brecic und Christian Stemmler nahmen sich ebenfalls die Zeit, um die Gäste aus dem Land zu begrüßen und auch den Beratungen und Ausführungen zu folgen.

Bericht aus Potsdam

Etwa, dem Geschäftsbericht des Landes- und Bundestarifbeauftragten, Edmund Schuler, der direkt von den Tarifverhandlungen berichten kann, an denen er selbst beteiligt ist. In einem umfangreichen Geschäftsbericht führte er durch die Entwicklungen im Tarifbereich und konnte auf zahlreiche Erfolge hinweisen. Nicht aber, ohne kritische Worte zu den Ritualen der Tarifrunden zu erwähnen, bei denen zu den ersten Terminen keine Angebote vorgelegt wurden. Man spürte, dass ihn das so richtig aufregt, weil man auch Tage und Stunden fast sinnlos verbringt. Und weil

man aufgrund der Friedenspflichten vorher kaum irgendwelche Aktionen ergreifen kann.

Bericht der AG Tarif

Für die AG Tarif stellte Anita Ludwig (Offenburg) die erarbeiteten Vorschläge aus der Auftaktveranstaltung der Kommission vor. Mit großem Interesse folgte man den Ausführungen mit den grundsätzlichen Überlegungen, wie man im Herbst auf die Tarifverhandlungen einwirken möchte. Zahlreiche Ideen konnten vorgestellt werden, darunter Berechnungen zu den Gehältern, Flugblätter, Strategien und Taktiken. Man konnte feststellen, dass die AG einen guten Start hingelegt hatte. Die Präsentationen waren professionell gestaltet. Schnell standen die Konferenzteilnehmer(innen) an den Tischen und begutachteten die Vorlagen. Die Erwartungen an die AG Tarif sind hoch. Viel Zeit ist nicht mehr, und es kommt darauf an, wie man sich kampagnenstark aufstellt.

Inflation/Lebenshaltungskosten

Kurz vor Weihnachten hatte die Landestarifvertretung eine erste wichtige Aktion auf den Weg gebracht. Nachdem Ministerpräsident Kretschmann es ablehnte, den Tarif-

beschäftigten in der Polizei und im gesamten öffentlichen Dienst eine Inflationsausgleichsprämie zu bezahlen, wie diese in der freien Wirtschaft bis zu einer Höhe von 3 000 Euro steuer- und abgabenfrei bezahlt werden.

Tarifexperte Schuler hatte den § 16 Abs. 5 des Tarifvertrages in den Blick genommen. Dieser ermöglicht die Zahlung einer Zulage an Tarifbeschäftigte zum Ausgleich höherer Lebenshaltungskosten. Edmund Schuler selbst hat einen Musterantrag an alle Tarifmitglieder gemailt und damit den Startschuss für eine Welle an Anträgen in den Dienststellen gegeben.

Sehr viele haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht. Für viele Tarifbeschäftigte war es die erste Möglichkeit überhaupt, in ihrer beruflichen Laufbahn einen Antrag zu stellen. Entsprechend gut war die Resonanz. Die Antragsteller(innen) waren sich durchaus bewusst, dass es einfach mal ein Versuch ist, den man machen muss. Zu verlieren haben die Tarifbeschäftigten nichts. Auf Wertschätzung und faire Löhne warten viele seit sie in der Polizei arbeiten. Sie alle aber trägt das Motto unseres Ehrenvorsitzenden Dieter Berberich: „Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ ■





© DPoIG BW

Daran arbeiten wir

Die gewerkschaftliche Arbeit ist vielseitig. Die Liste der Themen, die wir bearbeiten, scheint unendlich zu sein. Dabei wechselt sicherlich die Intensität, wie wir die einzelnen Themenfelder bearbeiten. In der Regel aber bleiben sie so lange auf der Agenda, bis wir im Sinne unserer Mitglieder einen erfolgreichen Abschluss erzielen können. Mit dieser Rubrik wollen wir (auch zukünftig) einzelne Themen herausziehen, um deutlich zu machen, dass wir an den Themen weiterarbeiten.



Dirk Preis

© DPoIG BW

Reduzierung der Wochenarbeitszeit

Wir fordern die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte in der Polizei von 41 auf 39,5 Stunden, wie diese für Tarifbeschäftigte seit Jahren gilt. Für alle, die außerhalb der regulären Arbeitszeit arbeiten – also Polizeibeamte im Schichtdienst, solche, die Bereit-

schaftsdienste leisten sowie Beamte, die zu wechselnden Arbeitszeiten ihren Dienst verrichten (unter anderem Bereitschaftspolizei, Spezialeinheiten), fordern wir die Reduzierung auf 38 Wochenstunden. Ferner wollen wir eine besondere Komponente für Schwerbehinderte und solche, die nahe Angehörige pflegen und/oder Kinder betreuen/pflegen.

In vielen Bereichen außerhalb des öffentlichen Dienstes gilt seit Jahrzehnten die 35- oder 36-Stunden-Woche. Viele Wirtschaftsunternehmen diskutieren oder setzen aktuell eine Viertagewoche um. Vor Jahren haben andere Bundesländer zumindest auf die 40-Stunden-Woche reduziert und haben bei besonderen Belastungen Reduzierungen von bis auf 36 Stunden im Wechselschichtdienst eingeführt.

Uns ist es wichtig, zum Zeitpunkt der erhöhten körperlichen und psychischen Belastungen die Arbeitszeit zu reduzieren, um diese Belastungen zu senken.



Jürgen Engel

© DPoIG BW

Personal/Belastungen

Nach wie vor sind die Personalstände auf niedrigem Niveau, und es fehlt an allen Ecken und Enden. Das gilt übrigens für alle Bereiche, unabhängig ob es sich um Tarifbeschäftigte, Verwaltungs- oder Polizeivollzugsbeamte handelt.

Zum März betrug der Durchschnitt der vorhandenen Personalstände im Polizeivollzug 92,03 Prozent. In vielen Dienststellen sinkt die Personalstärke bis zum Herbst auf knapp 90 Prozent. Der Zielwert für den Herbst nach dem Versetzungsverfahren liegt bei 92,70 Prozent.

Allerdings wird nach unseren Erkenntnissen der Zielwert unterschritten und vielfach liegt die Personalstärke bei circa 92 Prozent.

Von einer Einstellungsoffensive spürt man außer bei den Praktikanten außerhalb der Hochschule nichts. Es bleibt bei unerfüllten Versprechungen und gebetsmühlenartiger Wiederholung, dass es bald Verstärkung gibt. Die Belastungen werden deshalb auch weiterhin im nicht vertretbaren Zustand weiter fortbestehen.

Wir bemühen uns deshalb, dass bei den Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten verstärkte Einstellungen erfolgen und die Einstellungsoffensive weiter ausgebaut wird.



Oliver Auras

Erfüllungsübernahme

Bereits bei der Einführung der Erfüllungsübernahme haben wir auf zahlreiche absehbare Defizite hingewiesen. Leider haben sich in der Praxis unsere Bedenken bestätigt. Insbesondere haben wir eine Vielzahl von delikts- und schuldunfähigen Personen, gegen die sich der gewerkschaftliche Rechtsschutz wendet. Leider besteht kaum eine Möglichkeit, einen Titel zu erlangen, der dann vom Dienstherrn übernommen wird. Gleiches gilt, wenn keine Täterfeststellung/-ergreifung erfolgt, der Beschuldigte sich einem Strafverfahren entzieht oder abgeschoben wird. Unzureichend sind auch die Regelungen, wenn Verletzungen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Angriff stehen. Ein Ärgernis stellt mancherorts die Praxis dar, in der gerichtliche Titel nicht oder nur vermindert anerkannt werden. Es reicht also nicht aus, wie wir das in einem Teilschritt erreicht haben, dass der dienstliche Rechtsschutz zur Erlangung eines Titels verbessert wird. Wir brauchen auch Möglichkeiten, dass ohne einen Titel Schmerzensgeldzahlungen übernommen werden.



Rolf Fauser

IT-Infrastruktur

Die Situation beim Landeskriminalamt hat uns aufgeschreckt. Dabei ist die Situation tatsächlich um ein Vielfaches schlechter als in der Öffentlichkeit dargestellt. Wir stehen und wir standen vermutlich vor dem absoluten „Super-Crash“. Und jeder mit geringstem Sachverstand weiß, was das für die polizeiliche Arbeit und insbesondere für die Ermittlungsarbeit bedeutet.

Polizeiliche Anwendungen sind bedroht. Die Arbeitsfähigkeit der gesamten Polizei ist bedroht. Vom Zugang in die Dienstgebäude bis hin zur Arbeitszeiterfassung, Bürosoftware bis hin zu polizeilichen Spezialauswertungen. Der Polizei droht ein Desaster. Ein Desaster mit Ansage. Etwa so wie man in einer Landtagsdrucksache lesen kann, dass dringende Dachsanierungen erst in Jahren erfolgen. Sehenden Auges lässt uns die Politik auf den Abgrund zurollen.

Längst können wir den technischen Entwicklungen nicht mehr Stand halten. Neue Software kann nicht eingesetzt werden, weil die Datenleitungen zu schwach sind. Wir scheinen alles außer Hochdeutsch und alles außer Digitalisierung zu können. Und keinen wundert es, wenn dabei Geld durch den „Kamin“ geblasen wird.



Daniel Jungwirth

Erhöhung LOD

Die Forderung nach einer Erhöhung der Zulagen für den lageorientierten Dienst (ehemals DUZ) steht seit Jahren auf der Agenda. Dazu gehört unsere Forderung einer Erhöhung auf 5 Euro. Einige Bundesländer sind hier Vorreiter. Seit der Erhöhung in Bayern beschäftigen wir uns intensiv mit negativen Folgewirkungen. Aufgrund des Steuerrechts kommt es dazu, dass niedrigere Dienstgrade schlechter gestellt werden als höhere Dienstgrade. Der Grund liegt dabei immer am Verhältnis zwischen regulärem Gehalt und bezahlter Zulagen. Dabei ist eine Änderung des Steuerrechts sehr schwierig und der Bundesgesetzgeber zuständig. Unser Anliegen ist es, dass am Ende alle mehr Geld in der Tasche haben.

Zu Recht dienen die Zulagen dazu, dass besondere Umstände auch entsprechend vergütet werden.



Andreas Herzog

Polizeiliche Liegenschaften

Vor Jahren kürten wir das schlechteste Polizeirevier in Baden-Württemberg. Mit der Polizeireform 2014 wurden zahlreiche Bauplanungen aufgenommen. Im Jahr 2020 kamen weitere Planungen mit der Polizeistrukturereform hinzu.

Bedauerlicherweise hatte die Politik bei der Reform 2014 lediglich die Funkleitzentralen priorisiert. Und auch die Planungen im Jahr 2020 wurden teilweise über einen langen Zeitraum von bis zu zehn Jahren aufgelegt.

Dringend renovierungsbedürftige Gebäude bleiben seit Jahren unangetastet. Immer wieder werden Planungsvorhaben geändert. Immer wieder bleibt die polizeiliche Basis auf der Strecke. Nicht nur, dass längst die Situation in Gewahrsamseinrichtungen und anderen Objekten nicht den gesetzlichen Regelungen entsprechen. Nicht nur, dass dadurch Ermittlungserfolge wie beispielsweise im DNA-Bereich gefährdet sind. Die Umziehräume, Duschräume, Toiletten und Aufenthaltsräume sind oft in einem schlechten Zustand, bei dem man Angst haben muss, ob auch Gesundheitsgefahren bestehen. Arbeitsräume sind in vielen Fällen weit weg von dem, was man im Jahr 2023 erwarten kann.

Unterdessen klappt ein Milliardenloch durch die gestiegenen Baupreise. Die politischen Realitäten kosten den Steuerzahler viel Geld – wenn wir endlich auf Verbesserungen hoffen dürfen.

> Fortsetzung folgt.



© DPoIG BW

> Mit großer Freude nahm Ralf Kusterer die Ehrung verdienter und treuer Mitglieder vor und überreichte Urkunden, Ehrennadeln und Geschenke des Kreisverbandes. Dirk Preis, Andreas Herzog, Joachim Baumann, Michael Hug (40), Petra Maier (25), Jürgen Vogler (50), Claudia Wenzel (25), Oswald Zinkstein (40), Kathrin Cielenga (25), Ralf Kusterer, Ralph Kischel (25), Sarah Leinert, Gerhard Maier (40), Josef Grathwohl (50), Michael Müller, Thomas Barth, Jörg Kluge, Benjamin Leistner, Holger Dilger, Lukas Villing (von links)

Führungswechsel im Kreisverband Schwarzwald-Baar

6

Landesverband Baden-Württemberg

Nach 15 Jahren an der Spitze gibt Michael Müller den Vorsitz in jüngere Hände.

Am 16. März 2023 fand im Café Hildebrand in VS Zollhaus die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar statt. Der Nebenraum des Lokals war im wahrsten Sinne des Wortes bis auf den letzten Platz belegt. Über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte der Kreisvorsitzende Michael Müller begrüßen. Für ihn wird es ein besonderer Tag sein, denn nach 15 Jahren an der Spitze des Kreisverbandes wird das seine letzte Amtshandlung werden. Und mit ihm werden weitere langjährige Vorstandskollegen, der Begriff langgediente wäre vielleicht besser, ihr Amt in jüngere Hände geben. Thomas Barth dürfte dabei mit mehr als 20 Jahren der „dienstälteste“ Mandatsträger sein. Und auch Joachim Baumann und Jörg Kluge waren mehrere Legislaturen im Amt. Alle miteinander eine verdiente „Mannschaft“, die auch stets in

dieser Geschlossenheit aufgetreten war. In altbewährter und routinierter Art führten die „Alten“ durch den Abend. Nach dem Geschäftsbericht von Michael Müller folgte der Kassenbericht von Marion Kluge und ein Kassenprüfbericht, der eine ordentliche Kassen- und Buchführung bescheinigte. Die Entlastung erfolgte einstimmig, ebenso wie die Wahlen, die vom Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, durchgeführt wurden. Neben einem Grußwort des Bezirksvorsitzenden Andreas Herzog und einem Kurzvortrag von Vertretern der Debeka – Geschäftsstellenleiter Marc Vaßbeck sowie sein Bereichsleiter Enrico Bartsch und dessen Vertreter Danijel Vugrinec – berichtete der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer über aktuelle berufspolitische Entwicklungen. Dabei begann er,

Kreisvorsitzender	Holger Dilger
Stellvertreter	Benjamin Leistner
Kreisgeschäftsführer	Lukas Villing
Schatzmeisterin	Marion Kluge
Kassenprüferin	Kathrin Cielenga
Kassenprüferin	Sina Meissner
Tarifbeauftragter	Pierre Alexander Gleichauf
Frauenbeauftragte	Heike Storch
Schriftführer	Philipp Wabnig
Vertrauensmann Donaueschingen	Andreas Stuber
Vertrauensfrau Schwenningen	Anica Kammerer

wie so oft in den vergangenen Wochen, mit der Situation der Tarifbeschäftigten, deren Rentenerwartungen und die Anforderung an alle Anwesenden, sich aktiv bei den nächsten Lohnverhandlungen einzubringen. Er stellte das Konzept der DPoIG für Verbesserungen im gehobenen Dienst ebenso dar, wie Forderungen um die Arbeitszeit. Er blickte auf den Fachkräftemangel ebenso wie auf die schlechte IT-Struktur im Land und bei der Polizei. Wie immer eine mitreißende Rede, bei der keine Probleme ausgespart wurden und auch gegenüber dem Innenminister und mit

Blick auf den Untersuchungsausschuss klare Worte fand. Am Ende der Veranstaltung hatte die bisherige Vorstandschaft noch eine nette Überraschung parat. Eine Verlosung mit über 50 Gewinnen. Gerne fungierte die Landesgeschäftsführerin Sarah Leinert als „Glücksfee“ und konnte an dem Abend in viele glückliche und überraschte Gesichter schauen. Zumal zunächst für jeden und jede ein Gewinn gezogen und im Anschluss unter allen Anwesenden nochmals die Hauptgewinne gezogen wurden. ■



Bezirkstagung Pforzheim

Pforzheimer Oberbürgermeister Boch dankt Polizei

Am Freitag, den 10. März 2023 fand im Pforzheimer Parkhotel die Bezirkstagung der Deutschen Polizeigewerkschaft statt. Zahlreiche Delegierte von Freudenstadt über Calw und Pforzheim nahmen an der Bezirkstagung teil. Im internen Teil erfolgten Nachwahlen zum Bezirksvorsitz der JUNGEN POLIZEI, für den einstimmig Carolin Keller von der Polizeiverwaltung im Polizeipräsidium gewählt wurde. Sie ist landesweit die erste Verwaltungsbeamtin, die ein solches Mandat in der Polizeigewerkschaft übernommen hat. Zur Bezirksfrauenbeauftragten wurde Samira Moccia vom Polizeirevier Pforzheim Nord gewählt.

Der Einladung in den Parkhotel-Dachgarten folgte neben dem Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, Peter Boch, auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, sowie der Pforzheimer Polizeipräsident Christian Dettweiler. Gemeinsam mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer sorgten sie für den politischen Teil der Veranstaltung.

In seiner Rede war es **Oberbürgermeister Boch** wichtig, sich stellvertretend bei den Gewerkschaftsvertretern und Polizeipräsident Dettweiler für die Arbeit der Polizei im PP Pforzheim zu bedanken. Er habe großen Respekt davor, wie die Polizeibeschäftigten mit ihrem herausragenden Engagement alles tun, um die Sicherheit der Bürgerinnen und

Bürger zu gewährleisten. Er wisse durchaus, was es bedeute, wenn fast zehn Prozent des Personals in einer Organisation fehlen und wie enorm der Kraftaufwand sei, um das so weit als möglich auszugleichen.

CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, stand das Thema Personal auf der Agenda. Er habe großes Verständnis dafür, dass nach Jahren der Forderungen, sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Poli-

einen engagierten Personalrat. Mit dessen Vorsitzendem und mit dem gesamten Gremium bestünde ein gutes Miteinander. Die Belastung der Beschäftigten sei hoch, oft zu hoch.



Teilnehmer(innen) der Bezirkstagung

Ralf Kusterer nahm ebenfalls die personellen Entwicklungen in den Blick. Für Pforzheim seien es über 100 Polizeibeamtinnen und -beamte, die fehlen. Das seien 50 Streifenwagenbesetzungen. Jedem dürfte klar sein, wie 50 Streifenwagenbesetzungen, selbst wenn sie im Polizeipräsidium verteilt sind, ein Mehr an Sicherheit und Ordnung leisten könnten. In einem Ritt durch die Landespolitik zeigte er primär auch Schwachstellen auf. Zumal es immer die schwächsten Glieder sind, die eine Gefahr für die Polizei, aber auch die Gesellschaft, darstellen.

Auch für den ehemaligen Polizeisprecher und heutigen **stellvertretenden Vorsitzenden der**

zeibeschäftigten ungeduldig seien. Deshalb wäre es auch richtig, mit der Einstellungsoffensive in der ersten Legislaturperiode und mit einer leichten Reduzierung in der aktuellen Amtszeit die Einstellungsbestrebungen fortzusetzen. Schwierig in der Umsetzung seien die großen Ruhestandseintritte. Deshalb sei es auch wichtig, wenn man bei der Übernahme nach der Ausbildung, professionell mit kleineren Fehlern in der Ausbildungszeit umginge.

Polizeipräsident Dettweiler dankte den Mandatsträgern der Deutschen Polizeigewerkschaft für deren Engagement, denn ohne Gewerkschaft ginge es nicht. Es sei froh über

Bezirksvorsitzender Uwe Grandel hatte bereits im internen Teil auf die positiven gewerkschaftlichen Entwicklungen hingewiesen. Man hat im Polizeipräsidium die 1 000er-Grenze überschritten. Die Kreisverbände sind gut organisiert; die Betreuung der Mitglieder läuft reibungslos. Es würde sich bemerkbar machen, dass die Menschen im Bezirksverband einfach gut miteinander können. Mit etwas Stolz blickte er zurück zu den Anfängen. Seit 2020 steht Uwe Grandel an der Spitze des Bezirksverbandes, der weit mehr als 80 Prozent der Polizeibeschäftigten im Präsidiums-bereich organisiert.



© DPoIG BW

> Sarah Leinert, Thomas Braunger, Joachim Barton, Berthold Kibler, Joachim Beppler, Martin Gerster, Ralf Kusterer (von links)

Jahreshauptversammlung an der Hochschule für Polizei in Biberach

Berthold Kibler übergibt Kreisverband nach 15 Jahren und circa 5 000 Mitgliederwerbungen – und sorgt für eine gute Übergabe

Am 8. März 2023 fand am Polizei-Hochschulstandort Biberach die turnusgemäße Jahreshauptversammlung statt, die wie in vielen anderen Bereichen wegen der Pandemie und aufgrund der rechtlichen Grundlage einer Sonderregelung im Aktiengesetz verschoben werden musste und konnte.

Eröffnet wurde die Versammlung durch ein gewerkschaftliches Schwergewicht. Berthold Kibler hatte über 15 Jahre den Kreisverband geführt und ihn in dieser Zeit in allen Bereichen in einer Art vorgebracht, wie man es sich hätte nie träumen können. In allen Bereichen heißt, sowohl finanziell als auch in der Mitgliederzahl. In seinem Geschäftsbericht streifte er diese Momente nur bedingt. Das ehrt ihn, wenn er selbst nicht zu sehr auf diese großen Verdienste eingegangen ist und immer auch von einem Team gesprochen hat. Zur

Wahrheit aber gehört, dass er vieles von dem eben in einem Einmannbetrieb geleistet hatte.

In seinem späteren „Bericht zur Lage“ ging dann der Landesvorsitzende Ralf Kusterer eben gerade auch darauf ein. Er benannte die zahlreichen Erfolge Kiblers zum Wohle der Beschäftigten in Biberach, die schwierigen Phasen der Umstellung, der jahrzehntelange Kampf für Beförderungsmöglichkeiten, der Kampf gegen die Zerschlagung der Bereitschaftspolizei, das Engagement für Lehrereinsatzzeiten und Bewertungen der Lehrer sowie nicht zuletzt die jetzt umgesetzte Stufenlaufzeitverkürzung, die es so in keinem anderen Polizeipräsidium gibt. Kusterer dankte Berthold Kibler auch dafür, dass er nicht ganz ausscheidet, sondern als Kreisgeschäftsführer noch für einen geordneten Übergang sorgt, nachdem die Mehrzahl der

Kreisvorsitzender	Joachim Beppler
Stellvertreterin	Tanja Hagel
Stellvertreter	Norbert Huber
Kreisgeschäftsführer	Berthold Kibler
Schatzmeister	Thomas Braunger
Kassenprüfer	David Haberbosch
Kassenprüfer	Markus Kosok
Tarifbeauftragter	Herbert Härle
Vertreter JUNGE POLIZEI	Max Jettke, Maurizio Stammel
Frauenbeauftragte	Tanja Hagel
Schriftführer	Joachim Barton
Beisitzer	Tim Schlegel

neuen Mandatsträger völlig neu im „Geschäft“ sind.

Wie auch anders als mit einer ordentlichen Kasse, gut gefüllt und ordentlich geführt, sowie einem Kassenprüfbericht, der auch hier eine ordnungsgemäße Führung bestätigte, erfolgte die Übergabe. Die Entlastung war reine Formsache und die gut vorbereiteten Wahlen erfolgten einstimmig.

Bei den anschließenden Ehrungen konnten den anwesenden Mitgliedern ein Weinpräsent und die Urkunden des Landesverbandes mit Ehrennadeln

überreicht werden. Geehrt wurden für 25 Jahre Mitgliedschaft: Joachim Barton, Thomas Braunger, Martin Gerster, Patricia Häußel, Sven Kilimiak, Henrik Leins, Sonja Saur, Holger Stuck und Tobias Tobler. Für 40 Jahre wurden geehrt: Wolfgang Gaupp, Robert Grieser, Jürgen Kestner, Berthold Kibler, Michael Schley, Ricardo Schorpp und Peter Siewert.

Auch wenn es längst keine Pachtkantine mehr in Biberach gibt, war für Getränke und mit einem hervorragenden Wurstsalat bestens für das leibliche Wohl gesorgt. ■